KREISRUNDBRIEF

Juli/August 2016

Impressum
Herausgeber: Kreisverband Lörrach, Tumringer Str. 199, 79539 Lörrach
T: 07621 - 16 52 68, F: 07621 - 16 05 202, kv@gruene-loerrach.de, www.gruene-loerrach.de
ViSdP: Kreisvorstand c/o BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Redaktion: Boris Pašek
Beiträge: Dietmar Ferger, Josha Frey MdL, Thomas Hengelage, Theresia Lindner, Hartmut Schwäbl, Leonie Wiesiollek

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
KREISVERBAND LÖRRACH

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde!

Die Landtagswahl liegt hinter uns und endete mit einem sensationellen Ergebnis. Wir konnten unser Ergebnis nicht nur verbessern, sondern schafften es sogar, fast alle unsere Sitze im Landtag durch die Erringung eines Direktmandats zu erzielen.

Auch unser Landtagsabgeordneter Josha Frey konnte diesmal direkt in den Landtag einziehen, was uns sehr gefreut hat.

Dieses tolle Ergebnis ist auch Euch und Eurer Unterstützung im Wahlkampf zu verdanken. Im Namen des Kreisverbands möchte ich Euch dafür herzlich danken.

Wie viele von Euch sicher mitbekommen haben, ist Heike Hauk, die frühere Mitarbeiterin von Josha Frey, nach Göttingen umgezogen. Nach der Wahl war es also für Josha notwendig, eine neue Mitarbeiterin für das Wahlkreisbüro in Lörrach zu finden.

Diese hat er in Theresia Lindner gefunden, die nun die Wahlkreisarbeit in Lörrach organisiert und Josha von hier aus unterstützt. Gleichzeitig konnten wir Theresia dafür gewinnen, zukünftig mit mir gemeinsam die Geschäftsführung des Kreisverbands zu übernehmen. Dadurch konnten wir die Stundenzahl verdoppeln, was zum einen zu längeren regulären Sprechzeiten (Mo - Do von 9-12 Uhr) und einer massiven Ausweitung unserer Aktivitäten für den Kreisverband führt.

Theresia Lindner

Wir hoffen, dass Ihr diese Aufstockung in Zukunft deutlich spüren werdet und wir mit Tatkraft in den Bundestagswahlkampf starten können, der bereits vor der Tür steht.

Zum Stichwort Bundestagswahl: Das bedeutet in naher Zukunft erstmal zweierlei:

1. Wir suchen Kandidatinnen und Kandidaten, die bereit sind, sich nominieren zu lassen und im Wahlkampf für den Wahlkreis Lörrach-Müllheim anzutreten. Hierzu direkt im Anschluss an das Editorial ein Aufruf von Thorsten Blank
2. Wir müssen die Kandidatin oder den Kandidaten nominieren. Dies wird am 10. Oktober im Rahmen einer Nominierungsversammlung (KMV) gemeinsam mit den zu unserem Wahlkreis gehörenden Mitgliedern des Kreisverbands Breisgau-Hochschwarzwald geschehen. Einen Ort dafür haben wir noch nicht festgelegt. Dieser wird dann in der offiziellen Einladung für die Nominierungsversammlung genannt werden. Zum jetzigen Zeitpunkt würden wir uns wünschen, dass Ihr den Termin schonmal dick in Euren Kalender eintragt. ☺

Soweit erstmal von mir, herzliche Grüße aus dem Grünen Büro

Boris

Nach der Wahl ist vor der Wahl

(von Thorsten Blank)

Bundestagskandidatinnen und -kandidaten gesucht / Nominierungsversammlung am 10. Oktober 2016.

Es ist noch nicht lange her, da wurde das Unfassbare Realität: Wir Grüne sind stärkste Kraft in Baden-Württemberg, regieren mit der CDU als Juniorpartner und erlangten das Direktmandat. Grüne Themen sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen, weshalb sich unser Kreisverband nun gestärkt und selbstbewusst auf die bevorstehende Bundes-

tagwahl im Herbst 2017 vorbereiten kann.

Thorsten Blank

Unter diesen günstigen Ausgangsbedingungen suchen wir nun eine Bundestagskandidatin oder einen Bundestagskandidaten für den Wahlkreis Lörrach-Müllheim, mit der oder dem wir voller Elan in die kommende Wahl ziehen möchten. Schon jetzt möchten wir die Nominierungsversammlung am 10. Oktober abends ankündigen. Ort und Uhrzeit lassen wir Euch rechtzeitig mit der Einladung zukommen.

Du möchtest Kandidatin oder Kandidat des Wahlkreises Lörrach-Müllheim werden? Dann melde dich bei uns in der Geschäftsstelle und schicke uns bis zum 15. September ein paar kurze und prägnante Zeilen, die dich als Person und Deine inhaltlichen Schwerpunkte beschreiben (max. halbe DIN A4 Seite). Wir werden diese Vorstellung dann mit der Einladung zur Versammlung an alle Mitglieder versenden. Natürlich kannst Du Dich auch am Abend selbst noch zur Nominierung aufstellen lassen.

Wir freuen uns auf Deine Bewerbung und auf einen kraftvollen Wahlkampf 2017.

„Geheimabsprachen" in der Politik?

(von Josha Frey)

Im Augenblick beobachten wir wieder ein Phänomen, das auch 2011 immer wieder von Teilen der Presse verwendet wurde: Banalitäten werden skandalisiert, damit irgendwie oder irgendwo Schmutz hängen bleibt. Natürlich werden nicht alle Dokumente einer Regierung auf Facebook gepostet oder sonst ins Netz gestellt.

Nebenabreden zu Koalitionsverträgen sind üblich. Darin werden zum Beispiel Details und Formalia für die Umsetzung eines verabredeten Ziels festgelegt. Wo dies nötig ist, konkretisieren sie das, was im Koalitionsvertrag dargelegt ist. So wird verhindert, dass später unterschiedliche Interpretationen und damit mögliche Konflikte zwischen den Koalitionspartnern entstehen.

Im grün-schwarzen Koalitionsvertrag haben wir festgehalten, dass wir solide haushalten und die Schuldenbremse einhalten werden. Wir müssen eine Deckungslücke von 1,8 Milliarden Euro schließen. Deshalb gibt es auch einen Finanzierungsvorbehalt, der im Koalitionsvertrag festgeschrieben ist. Aber es muss eben alles auch durch den Landtag legalisiert werden, so dass vor evtl. Beschlüssen volle Transparenz gegeben ist.

Es ist nicht möglich, die Haushaltsberatungen einer kompletten Legislaturperiode von fünf Jahren im Rahmen von Koalitionsverhandlungen vorwegzunehmen. Aber es ist notwendig, sich die finanziellen Gestaltungsvorhaben klar zu machen und dafür finanzielle Spielräume zu eröffnen. Denn beiden Partnern geht es nicht nur um Konsolidierung, sondern auch um Investitionen, die das Land voranbringen sollen. In den Nebenabreden wurden die Schwerpunkte definiert, die prioritär umgesetzt werden sollen. Konkretisiert und entschieden werden einzelne Maßnahmen aber wie immer regulär mit der Aufstellung des Haushalts und dessen Befassung durch das Parlament.

In den Eckpunkten des Haushalts für 2017 zum Beispiel sind Investitionen von 150 Millionen Euro vorgesehen, für die es eine solide Gegenfinanzierung gibt. Dieser wird gerade in den Gremien beraten und im Februar 2017 beschlossen werden. Was in diesem Haushalt steht, wird die Regierungsfraktionsmehrheit im Parlament bestim-

Josha Frey

men. Welche Schwerpunkte das konkret sein werden und was in den kommenden Jahren kommt, muss die Koalition natürlich im normalen gesetzlichen Rahmen noch klären und der Landtag mit einem Haushaltsbeschluss legalisieren.

Wir haben in der Fraktion den Nachtrag 2016 in den vergangenen Wochen beraten und be-

Symbolfoto: Wolfgang Pehlemann

schlossen (CDU ebenso), der in dieser Woche in letzter Lesung in den Landtag geht und dort beschlossen wird. So wird es in den kommenden Jahren auch laufen und eben nicht durch Geheimniskrämerei, wie dies Teile der Presse uns weiß machen wollen.

Wenn der Rettungshubschrauber nachts nicht fliegen darf
(von Hartmut Schwäbl)

Ein spezielles Baden-Württemberger Problem

Jedes Jahr kommt es auch in unserem Landkreis zu medizinischen Notfällen. In manchen Fällen entscheidet jede auf dem Weg zu Klinik verstrichene Minute über Leben oder mögliche gesundheitliche Schäden. Von der Morgendämmerung bis zur Abenddämmerung ist die Versorgung mit Rettungshubschraubern auch in den ländlichen Gebieten unserer Region gut. Die von DRF-Luftrettung betriebenen Standorte Freiburg und Villingen-Schwenningen ergänzen sich zusammen mit dem der Schweizerischen Rettungsflugwacht REGA in Basel gut, wobei gegenseitiges Aushelfen bei einer Häufung von Rettungsfällen die Sicherheit noch erhöht.

Nachts sieht es anders aus: Nur die Schweizer dürfen fliegen. Im reichen deutschen Bundesland Baden-Württemberg müssen die Hubschrauber aus Kostengründen unten bleiben, was immer wieder dazu führt, dass ein angeforderter Hubschrauber nicht verfügbar ist, wenn es um Leben und Gesundheit geht. Andere Bundesländer machen uns vor, dass sich sehr wohl 24-Stunden-Hubschrauberstandorte aufbauen lassen. Mehrkosten entstehen für die bei Nachtflügen vorgeschriebene Anzahl von zwei Piloten und durch teure Nachtsichtgeräte für die Sicherheit der Piloten. Warum dieser von Schwarz-Gelb schon vor fünf Jahren übernommene Missstand unter Grün-Rot nicht beseitigt wurde, hat besondere Hintergründe:

Hartmut Schwäbl

Im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern wird über die Organisation des Rettungswesens nicht von Innenministerium und Landtag entschieden, sondern von so genannten Bereichsausschüssen, die zu 50% aus den Rettungsdiensten und in bester Lobbyposition zu 50% von den Krankenkassen gebildet werden. Diese Missstände beschrieb der ehemalige Innenminister Gall lobend als das im Ländervergleich „effizienteste Rettungswesen“. Eine von mir 2014 initiierte Anfrage von Josha Frey MdL

bei Minister Gall bestätigte die lobbyfreundliche Haltung des SPD-Ministers und brachte keine Lösung. Während die Krankenkassen im Bundesdurchschnitt etwa das Doppelte pro Kopf und Monat für das Rettungswesen aufbringen müssen, dürfen sie also bei uns auf dem Rücken der ländlichen Bevölkerung Kosten sparen und bringen damit unnötiges Leid über Betroffene und deren Angehörige.

Eine Abschaffung der Bereichsausschüsse würde allerdings nicht nur der Kassenlobby aufstoßen. Auch das Rote Kreuz kann gegenüber kleineren Rettungsdiensten aufgrund der gegeben Struktur eigene Interessen besser durchsetzen. Um dringend überfällige Änderungen zu erreichen, muss wohl erheblicher Druck aus der Bevölkerung aufgebaut werden, wobei viele Menschen von dem Problem noch nur etwas gehört haben, wenn sie von Betroffenen davon erfahren haben.

Mehr Raum für Bürgerbeteiligung im Großen und im Kleinen schaffen!

(von Josha Frey, Theresia Lindner und Leonie Wiesiollek)

Bürgerbeteiligung ist ein urgrünes Thema, denn Politik profitiert von der Einmischung der Bürger*innen vor Ort. Für mehr Mitsprache und mehr Gestaltungsmöglichkeiten braucht es aber gute politische Instrumente, wodurch die Arbeit der repräsentativen, parlamentarischen Demokratie unterstützt und bestärkt wird. Daher ist es der grünen Landtagsfraktion ein großes Anliegen, Reformen für mehr Bürgerbeteiligung auf Landes- und kommunaler Ebene anzustoßen und umzusetzen. Ende letzten Jahres konnten auf Landesebene Reformen für mehr direkte Demokratie und Transparenz durchgesetzt werden.

Leonie Wiesiollek

Dies sind nach Meinung von Josha Frey wichtige Schritte in die richtige Richtung und ein grüner Erfolg, der am Ende der letzten Legislaturperiode erreicht wurde.

Einerseits wurden auf Landesebene politische Instrumente für eine Stärkung der Bürgerbeteiligung vereinfacht oder neu geschaffen: Die Hürden für Volksbegehren und Volksabstimmungen wurden gesenkt und gleichzeitig das neue Instrument des Volksantrags/-initiative geschaffen. Mehr Informationen zu diesem Thema findet ihr z.B. auf dem Beteiligungsportal Baden-Württemberg (https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/de/informieren/projekte-der-landesregierung/reformen/direkte-demokratiereform/).

Andererseits wurden aber auch auf Stadt- und Gemeindeebene durch die Änderung der Gemeindeordnung mehr Wege für direkte Demokratie und Transparenz geschaffen. So sind seit Dezember 2015 z.B. auf kommunaler Ebene Bürgerbegehren und –Entscheide auch zu Fragen der Stadtplanung möglich, die Hürde für kommunale Bürgerbegehren und –entscheide sind gesunken, die Gemeinde- und Kreisräte müssen die Sitzungsunterlagen früher erhalten und die Jugendgemeinderäte erhalten nun verbindlich ein Rede-, Vorschlags- und Anhörungsrecht im Gemeinderat. Nähere Informationen findet ihr auf der Seite des Landesverbandes der Grünen und Alternativen in den Räten von Baden-Württemberg (http://www.gar-bw.de/kommunalinfos/rechtliches-strukturen/).

Auch wenn damit noch nicht alles erreicht ist, was man sich für mehr Demokratie wünschen würde, sind dadurch jedoch schon viele Schritte in die richtige Richtung gegangen worden. Es gilt nun diese Instrumente bekannter zu machen, Bürger*innen zu bekräftigen, diese Möglichkeiten der Beteiligung wahrzunehmen und die Instrumente auch weiterzuentwickeln.
Daher sind Anträge, wie der von Leonie Wiesiollek, welchen sie im Namen der Grünen Stadtratsfraktion im Juni 2016 bei der Stadt Lörrach gestellt hat, sehr wichtig. Ziel des Antrages war es, um die politische Teilhabe der Lörracherinnen und Lörracher zu verbessern, Bürger*innen die Informationen der Gemeinderatssitzung rechtzeitig zur Verfügung zu stellen.
Die Stadt Lörrach bemüht sich in vielfältiger Weise, die Bürgerinnen und Bürger an politischen Prozessen zu beteiligen. Der Leitbildprozess gilt hier für die Stadt Lörrach wohl als das Vorzeigeprojekt für Bürgerbeteiligung.

Eine ganz einfache Möglich-

keit, die Beteiligung der Gesellschaft zu erleichtern, nämlich das gleichzeitiges Bereitstellen der öffentlichen Unterlagen für Gemeinderäte*innen, Bürger*innen und Presse wird momentan noch nicht von der Stadtverwaltung praktiziert.

Momentan erhalten Gemeinderäte*innen Tagesordnung und Beschlussvorlagen am Mittwoch, sieben Tage vor der jeweiligen Sitzung.

Für Bürger*innen und Presse werden die öffentlichen Unterlagen am Montag, 17.00 Uhr in der gleichen Woche der jeweiligen Sitzung im Bürgerinformationssystem auf der Homepage der Stadt Lörrach (direkter Link http://buergerinfo-loerrach.de) eingestellt.

Deshalb hat Leonie Wiesiollek für die Fraktion Die Grünen einen Antrag bei der Stadt Lörrach gestellt, dass die öffentlichen Beschlussvorlagen für Gemeinderäte*innen, Bürger*innen und Presse gleichzeitig zur Verfügung gestellt werden.

Durch das gleichzeitige Bereitstellen der Beschlussvorlagen erhalten alle die gleichen zeitlichen Voraussetzungen, sich in die oft komplexen Sachverhalte einzuarbeiten. Auch viele Engagierte sind Vollzeit berufstätig und haben Familie und sind somit auf die Zeit am Wochenende angewiesen.

Den Grünen ist sehr daran gelegen, dass Bürgerinnen und Bürgern kontinuierlich, also auch außerhalb eines Leitbildprozesses, die Möglichkeit gegeben wird, sich an politischer Meinungsbildung zu beteiligen und sich aktiv einzubringen.

Damit wird auch der Zielsetzung der „Novellierung des Kommunalverfassungsrechts“ vom 1. Dezember 2015 Rechnung getragen, Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene für die gesamte Bevölkerung zu verbessern.

Das aktive Bekanntmachen des Links http://buergerinfo-loerrach.de mit Veröffentlichungszeitpunkt für die Öffentlichkeit wäre auch jetzt schon ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Auch außerhalb des Antrags würde es die Grüne-Stadtratsfraktion sehr begrüßen, wenn die Stadtverwaltung Bürgerinnen und Bürger aktiv über ihre Möglichkeiten informiert, welche Verbesserungen für aktive Bürgerbeteiligung die Novelle der Gemeindeordnung von Ende 2015 mit sich bringt.

Notiz zur Windkraft in unserer Region

(von Thomas Hengelage)

Unsere Landesregierung und auch unser Landkreis haben im Rahmen der Umsetzung der Energiewende in unserer Region ehrgeizige Ziele gesetzt. Dies ist auch notwendig, damit wir im Sinne zukünftiger Generationen, unseren Beitrag zur Umsetzung internationaler Klimaschutzabkommen leisten und damit gleichzeitig der Ausstieg aus der Atomenergie fristgerecht gelingen kann. Die Zielerreichung wird ohne einen substanziellen Beitrag der Windenergie nicht möglich sein, da diese mit Abstand derjenige erneuerbare Energieträger ist, bei dem bereits relativ wenige Anlagen ausreichen, um mehrere Megawattstunden Strom zur Versorgung einiger 10.000 Haushalte bereitzustellen.

Um der Windenergie die nötige Geltung zu verschaffen, gibt es prinzipiell zwei Möglichkeiten: Produktion an den effizientesten Standorten - in Deutschland wären das die Küsten bzw. Off-Shore Anlagen auf See, von denen aus der Strom teils über sehr weite Strecken zu den Verbrauchern im Süden Deutschlands transportiert werden muss; Transportkapazitäten müssten dafür in größerem Umfang erst geschaffen werden - oder regionale Produktion von Windstrom dort, wo er auch verbraucht wird

Thomas Hengelage

und daher nicht über Hunderte Kilometer transportiert werden muss.

Für uns hier in Baden-Württemberg kann nur das Zweite die Alternative der Wahl sein, denn nur hier, vor Ort, können wir unseren eigenen Beitrag für unsere Klimaschutzziele leisten. Warum machen wir das dann nicht einfach? Hier gibt es häufig Konflikte: einerseits Klimaschutz und weg vom Atomstrom gegen Natur- und Landschaftsschutz. In

unserer Region werden gerade jetzt einige dieser Konflikte ausgetragen. Siehe dazu beispielhaft „Badische Zeitung, Lörracher Ausgabe vom 15. Juni 2016, S. 35 - Ernüchterung in Sachen Windkraft“ sowie den Beitrag vom 29. Juni 2016 ebenda „Gersbacher Baustellen Bewegungen“. Einerseits kann es harte Artenschutzgründe geben, die gegen die Eignung eines möglichen Standortes sprechen. Meines Erachtens besteht dann allerdings kein Konflikt, denn Artenschutz ist ein ureigenes grünes Thema, weshalb harte Artenschutzgründe in der Tat höher wiegen als die Ausweisung eines Standortes für die Windkraft. Häufiger als man denkt werden bestimmte Gründe jedoch auch von Gegnern der Windkraft instrumentalisiert. Obwohl ein sachlicher Grund nicht besteht bzw. einer genaueren Untersuchung nicht standhalten würde, wird Planungsrecht vorgeschoben, um bestimmte Standorte zu verhindern. Es ist zwar menschlich verständlich, hilft in der Sache aber nicht weiter, wenn die Energiewende zwar eigentlich gewünscht wird, die Atomkraft generell abgelehnt wird, wenn es aber konkret um Standortfragen geht, doch das St. Florian Prinzip fröhliche Urständ feiert.

Achim Raschka / CC-BY-SA-4.0

Momentan fügt sich die „Offenlage des Teilflächennutzungsplans zur Ausweisung von Konzentrationszonen für Windkraftanlagen“ des GVV Müllheim-Badenweiler in dieses Stimmungsbild ein. Darin wird darauf verzichtet, den sehr windhöffigen Standort „Hohe Eiche Blauen“ auszuweisen, obwohl keine harten Kriterien (mehr) gegen dessen Ausweisung sprechen, s. u. Auszug aus den Stellungnahmen:

„Der südliche Teil der Eignungsfläche [gemeint ist Hohe Eiche Blauen] war zunächst wegen eines Wanderfalken-Reviers ausgeschlossen worden. Nach erneuter Datenabfrage bei der AG Wanderfalke (2/2015) stellte sich heraus, dass der betreffende Brutstandort seit mehr als fünf Jahren nicht mehr besetzt ist. Damit bestehen derzeit nach fachlicher Einschätzung keine erhöhten artenschutzrechtlichen Konflikte mit dem Wanderfalken. Im Rahmen der Abwägung wurde die Eignungsfläche daher unter Berücksichtigung der übrigen dort festgestellten Restriktionen (darunter Wasserschutzgebiet, Auerwild, Landschaftsschutzgebiet und Landschaftsbild) und der für die Windenergienutzung sprechenden Aspekte erneut betrachtet. Der GVV kommt zu dem Ergebnis, dass die Summe der Restriktionen, die für die Nutzung der Windenergie sprechenden Belange überwiegt und die Eignungsfläche daher ausgeschlossen wird. Gewichtige Belange, die für den Ausschluss der Fläche sprechen, sind aus Sicht des GVV insbesondere der Schutz der Quellen (Wasserschutzgebiet), des Landschaftsbildes und das Landschaftsschutzgebiet.“

Das Problem dabei ist, dass mit dem Ausschluss der Fläche weitergehende Untersuchungen zur Eignung der Fläche unterbleiben müssen. Diese Untersuchungen könnten z. B. die abstrakten Gefährdungen für das Wasserschutzgebiet sowie Artenschutzbelange entweder bestätigen oder widerlegen. Der Vorteil dieser weitergehenden Untersuchungen wäre, dass (u. U. abschließend) geklärt werden könnte, ob harte Gründe gegen eine Ausweisung sprechen oder eben nicht. Wenn keine harten Gründe gegen die Ausweisung sprechen, könnte „nur“ der Landschaftsschutz übrig bleiben und

dann wäre die Ausweisung möglich, da die Windkraft gegenüber dem Landschaftsschutz vorrangig behandelt werden könnte, wenn die zuständige Behörde dies genehmigt.

Wir sollten uns daher mit Privatstellungnahmen gegen den Ausschluss dieser Fläche wehren (E-Mails mit entsprechenden Informationen wurden bereits verteilt), damit abschließend geklärt werden kann, ob die Windkraft auf dem Blauen eine Chance hat oder eben nicht.

Die Windenergieanlagen (WEA) auf dem Blauen (wenn sie denn realisiert würden) könnten ein weithin sichtbares Zeichen setzen, dafür dass Bürger dieser Region willens und in der Lage sind, global zu Denken und ihre höhere Verantwortung künftigen Generationen, ja der Erde gegenüber, durch lokales Handeln, Gemeinde- und Regionalgrenzen überschreitend wahrzunehmen. Im Übrigen stelle ich mir den Schatten, den die WEA bei Sonnenaufgang auf den (dann stillgelegten) Reaktor von Fessenheim werfen werden, einfach schön vor: ein friedliches Bild für die Einsicht in die nachhaltige Notwendigkeit.

Bedingungsloses Grundeinkommen – Zukunftsprojekt oder Sackgasse?
(von Dietmar Ferger)

Knapp ¼ des Schweizer Wahlvolkes hat für ein bedingungsloses Grundeinkommen (bGE) gestimmt, in den Metropolen sowie in der eher sozialistischen französischen Schweiz in einzelnen Bezirken bis über 50%, in den traditionellen Bergdörfern umso weniger.

Auch in Deutschland und selbst Grün-Intern ist das Thema umstritten. Während eine Seite das Ende des Wirtschaftsstandortes Deutschland und ein Heer von TV-süchtigen Arbeitslosen sieht, sind die anderen davon überzeugt, dass das bGE die Zukunft der sozialen Marktwirtshaft ist. Was ist richtig? Was sagen die Fakten?

Die EU-Kommission bestätigt, dass in Europa 24% der Bevölkerung oder über 120 Millionen Menschen von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind – ob mit oder ohne Erwerbsarbeit. Das bedeutet, dass etwa ¼ der Bevölkerung als Konsument*innen praktisch ausfallen, da sie ihren Konsum auf die Grundbedürfnisse und da auf die billigsten Angebote beschränken müssen.

Dietmar Ferger

Die bisherige Strategie, das Angebot zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen indem die Wirtschaft gefördert wird, zeigt keinen Erfolg mehr, da Unternehmen auf minimaler Arbeitsintensität und maximaler Automatisierung getrimmt werden und auch große Investitionen immer weniger Arbeitsplätze bereitstellen.

Sogar die EZB hat erkannt, dass die Subventionierung von Unternehmen und Investitionen nicht mehr sozial- und arbeitsplatzwirksam ist, und hat „Helikoptergeld“ ins Spiel gebracht, also Geld das „verschenkt“ werden soll, also wie von einem Helikopter abgeworfen. Einzelne Maßnahmen wie Kaufprämien für E-Autos oder die Abwrackprämie sind vergleichbar, sie zielen aber auf diejenigen, die eine zusätzliche Finanzspritze nicht unbedingt nötig haben. Alle diese Maßnahmen sind nicht nachhaltig, sondern Strohfeuer.
Welche Auswege bleiben also um zu verhindern, dass in der EU immer mehr Menschen in die Armut abrutschen und nichts mehr kaufen können? Staatliche

Infrastrukturprojekte sind durch die Mechanisierung nun noch begrenzt arbeitsplatzwirksam; die Landwirtschaft beschäftigt immer weniger Menschen, und wenn, dann zu minimalen Löhnen, weil durch die Nachfrage nach Billigprodukten (siehe oben) ein hoher Preisdruck herrscht; soziale Berufe wären nötig, können aber – da nicht „produktiv" – immer weniger bezahlt werden; die Industrie baut durch Einsatz von Robotern und Computer eher Arbeitsplätze ab als auf; das Dienstleistungsgewerbe zahlt meist Niedriglöhne die nicht armutsfest sind. Wo sollen also Arbeitsplätze geschaffen werden die eine armutsfeste Existenz ermöglichen?
Es zeigt sich also, dass nur eine nachhaltige, verlässliche Grundfinanzierung aller Bürger*innen in der EU verhindern kann, dass immer mehr Menschen als Konsumenten wegfallen. Sie hätte weitere langfristige Auswirkungen – hier nur eine kleine Auswahl:

- Die Summen, die in Lebensversicherungen, Rentenfonds etc. angelegt werden um den Lebensstandard im Alter zu sichern, werden massiv abschmelzen und stattdessen für Konsum oder Investitionen ausgegeben. Heute ist dieses Geld dem direkten Wirtschaftskreislauf entzogen und weltweit auf der Suche nach Rendite und damit mitverantwortlich für Gewinnmaximierung und schlechte Arbeitsbedingungen.
- Die Chancengleichheit wächst, denn mit einer Grundfinanzierung des Lebensunterhaltes können sich (junge) Menschen eine Aus- oder Weiterbildung leisten und so ihr Potential entfalten.
- Die Nachfrage nach höherwertigen Gütern steigt, dadurch sinkt der Druck, ausbeuterische, natur- und umweltzerstörende Produktionsmethoden einzusetzen.
- Unternehmensgründungen werden erleichtert wenn der Lebensunterhalt der Gründer*innen gesichert ist.
- Eine einfache und soziale Steuerpolitik wird ermöglicht, da durch eine Grundfinanzierung alle sozialen Komponenten und Freibeträge pauschal abgeglichen sind.

Und was ist mit den TV-süchtigen Arbeitslosen? Die Angst, dass ihre Zahl massiv zunimmt, ist eine Frage des Menschenbildes, wobei alle Umfragen zu dieser Thematik zeigen, dass zwischen 70 und 80% der Befragten auch mit einem bGE weiterarbeiten würden, vielleicht mit etwas reduzierter Stundenzahl, andere würden eine Ausbildung oder ein Studium nachholen, nur der geringste Teil würde erst einmal ausruhen. Entscheidend ist natürlich die Höhe des bGE, das ja eine Finanzierung der Grund- und nicht der Luxus-Bedürfnisse sicherstellen soll.

Ich habe in dieser Betrachtung bewusst nicht sozial, sondern vor allem wirtschaftlich argumentiert, und bin überzeugt, dass wir Grünen für eine erfolgreiche Bundestagswahl eine offene, vorurteils- und ideologiefreie Debatte brauchen, ob wir weiter den pietistischen Standpunkt „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen" vertreten oder uns für eine Trennung von Erwerbsarbeit und Einkommen einsetzen.

Termine Juli/August

Fr. 29. Juli 2016, 18:00 Uhr
Critical Mass Lörrach „Mitten durch, statt drum herum!" Er'fahrt die kurzen Wege durch Lörrach, gemeinsam und mit Musik.
Velö-Halle Lörrach Hauptbahnhof

Fr. 12. August 2016, 20:00 Uhr
Hofbesichtigung „Hofgut Sonnenschein" in Fischingen mit Staatssekretär André Baumann und Josha Frey. Voranmeldung erforderlich: kontakt@josha-frey.de oder 07621-7099090
Hofgut Sonnenschein, Dorfstr. 33, 79592 Fischingen

Grüne Adressen und Ansprechpartner:

Kreisvorstand:
Dietmar.Ferger@gruene-loerrach.de
Anette.Lohmann@gruene-loerrach.de
Hartmut.Schwäbl@gruene-loerrach.de
Leonie.Wiesiollek@gruene-loerrach.de

Kreiskassierer:
Kurt.Merz@gruene-loerrach.de

Kreisgeschäftsführer:
Theresia Lindner und Boris Pasek
Tel.: 07621-165268
Mo - Do von 9 - 12 Uhr
kv@gruene-loerrach.de

Abgeordnete:
Bärbl Mielich MdL
Büro Freiburg
Rehlingstr. 16 a
79100 Freiburg
Tel.: 0761-4808627
buero@baerblmielich.de

Josha Frey MdL
Wahlkreisbüro
Tumringer Str. 199
79539 Lörrach
Tel.: 07621-7099090
Josef.Frey2@gruene.landtag-bw.de

Kerstin Andreae MdB
Büro Freiburg
Rehlingstr. 16 a
79100 Freiburg
Tel.: 0761-8886713
kerstin.andreae.ma04@bundestag.de